

<b>STELLUNGNAHME zur Anfrage</b> Stadtrat Eduardo Mossuto (FW) Stadtrat Jürgen Wenzel (FW) vom: 15.10.2010 eingegangen: 15.10.2010	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP: Verantwortlich:	<b>16. Plenarsitzung Gemeinderat</b>  <b>16.11.2010</b> <b>564</b> <b>19</b> <b>öffentlich</b> <b>Dez. 2</b>
<b>Sauberkeit auf Plätzen und Straßen</b>		

**A. Unrat, vorwiegend auf Plätzen, Straßen und Grünanlagen, zeugen von zu wenig städtischer Initiative - wäre hier nicht das Einschreiten des Kommunalen Ordnungsdienstes unerlässlich?**

Den Vorwurf mangelnder Initiative zuständiger Ämter bezüglich Verschmutzungen auf Plätzen und Straßen kann die Stadtverwaltung nicht teilen. Das Amt für Abfallwirtschaft, zuständig für die Sauberkeit in der Stadt, und das Gartenbauamt, zuständig für die Reinigung in den Grünanlagen, sind bestrebt, ihre Aufgaben bestens zu erfüllen und sich stets zu verbessern. Doch vor dem Hintergrund der personellen und wirtschaftlichen Situation sind hier Grenzen gesetzt.

Gleichzeitig hat sich das Verhalten der Bürgerinnen und Bürger teilweise verändert. Oft ist Umsicht in Bezug auf Sauberkeit in der Stadt nicht gegeben. Es werden Papier, Lebensmittelverpackungen usw. auf Straßen und Plätzen liegen gelassen oder Glasflaschen zertrümmert. Gerade in den Gebieten, wo derartige Verschmutzungen regelmäßig oder verstärkt auftreten, kann der Einsatz des Kommunalen Ordnungsdienstes sicherlich ratsam und hilfreich sein.

Mit diesem Wissen prüft das Ordnungsamt im Rahmen der Einsatzplanung für den Kommunalen Ordnungsdienst, welcher Beitrag zur Gegensteuerung geleistet werden kann. Allerdings muss davor gewarnt werden, den Kommunalen Ordnungsdienst als Allheilmittel gegenüber Ordnungsstörungen aller Art im Stadtgebiet anzusehen.

**B. Wäre die Schaffung weiterer - kostenneutraler - Stellen beim Kommunalen Ordnungsdienst möglich, wenn sich diese durch Verhängung von Buß- und Verwarnungsgeld selbst finanzieren würden?**

Für die Beschäftigten des Kommunalen Ordnungsdienstes ist der sehr umfassende Einsatzbereich jeglicher Art von Ordnungsstörungen angedacht. Würde die Vorgabe der Refinanzierung von Stellen bestehen, müssten fiskalische Gesichtspunkte die Einsatzplanung der Beschäftigten des Kommunalen Ordnungsdienstes bestimmen. Die zukünftige Tätigkeit der Beschäftigten des Kommunalen Ordnungsdienstes soll jedoch vordergründig auf Prävention, nicht auf Repression ausgerichtet sein. Es soll nicht Ziel des Kommunalen Ordnungsdienstes sein, möglichst viele Verwarnungs- oder Bußgelder zu erheben.

**C. Wäre eine solche Stellenschaffung nicht Anlass genug - eine Initiative „Sauberes Karlsruhe“ zu starten?**

Die Stadtverwaltung führt seit Jahren öffentlichkeitswirksame Aktionen zum Thema Stadtsauberkeit durch. Die vom Amt für Abfallwirtschaft organisierte Ausstellung „Aufgefegt. Die Welt der Besen“ lockte 2002 viele tausend Interessierte ins Landesgewerbeamt. Auch danach wurden regelmäßig pressewirksame Aktionen zu verschiedenen Abfallarten wie Kippen, Imbissverpackungen etc. durchgeführt, um die Bürgerinnen und Bürger für das Thema zu sensibilisieren.

Seit 2007 wird alljährlich zu den Karlsruher „Dreck-weg-Wochen“ aufgerufen. Im letzten Frühjahr folgten fast 6 000 Menschen aller Altersgruppen dem Aufruf. Viele der Teilnehmenden sind Kinder und Jugendliche, die das bei der Aktion Gelernte als Multiplikatoren in ihre Familien weitertragen.

Auch diejenigen, die sich nicht aktiv engagieren wollen, spricht das Amt für Abfallwirtschaft – teilweise in Zusammenarbeit mit anderen Ämtern – an. So wurden 2009 alle Hundehalterinnen und -halter auf den korrekten Umgang mit Hundekot hingewiesen. 2010 machte die Stadtverwaltung bei verschiedenen Veranstaltungen auf die Scherbenproblematik aufmerksam.

**D. Ließe sich durch eine solche Maßnahme, nach dem Motto „viele Augen sehen mehr“, auch die Sicherheit erhöhen?**

Beschäftigte des Kommunalen Ordnungsdienstes, die - präventiv oder auch repressiv - im Stadtgebiet sichtbar und tätig sind, werden zu einer Erhöhung der objektiven Sicherheit, aber auch des subjektiven Sicherheitsempfindens in der Bevölkerung führen. Es kann vermutet werden, dass das Ausmaß dieser Steigerung abhängig davon ist, wie groß die Präsenz der Beschäftigten des Kommunalen Ordnungsdienstes im öffentlichen Raum ist. Da diese wiederum von der Personalkapazität bestimmt ist, könnten weitere Stellen beim Kommunalen Ordnungsdienst sicherlich positive Auswirkungen im Hinblick auf die Sicherheit in Karlsruhe haben.